

PRESSE

BayernSPD Landtagsfraktion

Chemie-Altlasten an 47 bayerischen Bundeswehr-Standorten

Pressegespräch mit

Florian von Brunn, MdL,
Sprecher für Umwelt- und Verbraucherschutz
der BayernSPD-Landtagsfraktion

sowie

Doris Schmidt, Initiatorin der Bürgerinitiative Manching
und
Markus Käser, Kreisrat des Landkreises Pfaffenhofen

30. April 2019, 11.00 Uhr,
Pressekonferenzraum 211 im Bayerischen Landtag



Chemie-Altlasten an 47 bayerischen Bundeswehr-Standorten

SPD-Umweltexperte Florian von Brunn fordert umfassende Information der Anwohner und zügiges Handeln.

An 20 aktuellen und 27 ehemaligen Bundeswehr-Standorten in Bayern gibt es chemische Verseuchungen und Altlasten im Boden und im Grundwasser.

Das hat eine aktuelle Anfrage des umweltpolitischen Sprechers der SPD-Landtagsfraktion, Florian von Brunn, ergeben. In mindestens acht Fällen davon ist von einer Verseuchung mit Per- und Polyfluorierten Chemikalien (PFC) auszugehen.

Dazu kommen möglicherweise noch vier weitere PFC-Fälle, die die Staatsregierung im Frühjahr 2018 auf Anfrage der SPD genannt hatte.

Eine transparente und umfassende Information der Öffentlichkeit über diese Belastungen gibt es in Bayern bisher nicht – weder durch die Bayerische Staatsregierung noch durch das Verteidigungsministerium oder die Bundeswehr.

Tatsächlich wurden an den 47 genannten Standorten bisher nur in ganzen vier Fällen überhaupt Untersuchungen der Umgebung durchgeführt. In allen vier Fällen wurden auch Belastungen nachgewiesen. In der von der Staatsregierung zitierten Antwort der Bundeswehr heißt es zu den Untersuchungs- und Sanierungsmaßnahmen wörtlich:

„Die Bearbeitung erfolgt in enger Abstimmung mit den zuständigen Umweltbehörden der Länder, die auch über die jeweils erforderlichen Untersuchungs- und Sanierungsmaßnahmen entscheiden.“



Konsequenzen und Forderungen der SPD-Landtagsfraktion:

Der umweltpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Florian von Brunn, fordert angesichts der zahlreichen chemischen Belastungen, insbesondere auch mit PFC,

„jetzt vollständige Transparenz und absoluten Vorrang für das Vorsorgeprinzip zum Schutz der Bevölkerung“ durch die bayerische Staatsregierung und das Bundesverteidigungsministerium. „Umweltminister Glauber muss dafür sorgen, dass Öffentlichkeit und Bevölkerung immer sofort und umfassend über alles informiert werden.

Die zuständigen Landesbehörden wie das Landesamt für Umwelt und das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit müssen ab jetzt alle Fakten im Internet veröffentlichen! Dazu gehören für die gefährlichsten Stoffe auch regelmäßige Monitoringberichte.“

Von Brunn verlangt auch, dass der bayerische Umweltminister sich selbst darum kümmert: „Es muss Schluss damit sein, den schwarzen Peter nur den lokalen Landratsämtern zuzuschieben. Das Umweltministerium muss die Verantwortung und die Federführung, vor allem bei PFC, übernehmen! Die politische Verantwortung liegt letztlich bei Herrn Glauber.“

Die SPD-Fraktion verlangt auch, dass die Untersuchungen durch die Bundeswehr erheblich beschleunigt werden. Nach Aussage der Bundeswehr können diese Untersuchungen „mehrere Jahre“ dauern. Von Brunn warnt: „Es wäre unverantwortlich, wenn sich dieses Prozess noch Jahre- oder gar jahrzehntelang hinzieht und dabei sehenden Auges eine Gefährdung der Bevölkerung in Kauf genommen wird“, so von Brunn. „Der bisherige Schlendrian ist unverantwortlich!“

Als bezeichnend für den mangelnden Aufklärungswillen bezeichnet Florian von Brunn folgende Antwort der Bundeswehr auf seine Anfrage:

„Dies bedeutet jedoch nicht, dass von diesen Kontaminationen zugleich auch Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für den Einzelnen oder die Allgemeinheit [...] ausgehen und insofern eine Sanierung erforderlich ist. Eine diesbezügliche Aussage ist erst nach Abschluss aller erforderlichen Untersuchungen zur Gefahrerforschung möglich.“



Gerade die Zeitdauer für die Untersuchungen im Zusammenhang mit PFC ist angesichts potentieller Gefahren für die Bevölkerung für den SPD-Umweltpolitiker völlig unverständlich: „Von den acht PFC-Fällen wurden nach Angaben der Bundeswehr bisher nur zwei untersucht, obwohl die Gefährlichkeit PFC-haltiger Feuerlöschschäume bereits seit der Jahrtausendwende, spätestens aber 2008 offiziell bekannt ist. Damals fand ein entsprechendes Fachgespräch mit dem Umweltbundesamt in Dessau statt.“

<https://www.umweltbundesamt.de/themen/chemikalien/chemikalien-reach/stoffgruppen/per-polyfluorierte-chemikalien-pfc/pfc-in-feuerloeschmitteln#textpart-2>).

Und in der Antwort auf eine Kleine Anfrage im Bundestag (18/5905) bestätigte die Bundesregierung nochmals im September 2015 den Verdacht auf PFC-Belastung für zahlreiche aktuelle und ehemalige Bundeswehrstandorte in Bayern.

Aus Sicht von Florian von Brunn, wären die bayerischen Behörden ohne die Anfragen (z. B. 17/20695) und den Druck der SPD-Fraktion überhaupt nicht tätig geworden: „Offenbar haben erst unsere Initiativen seit Februar 2018 den Stein in Bayern ins Rollen gebracht. Dabei kann PFC im Blut zum Beispiel Krebs auslösen, das Immunsystem schwächen und zu Fortpflanzungsstörungen führen.“

Leider gibt es in vielen Fällen noch keine Grenzwerte. Für Perfluorooctansäure (PFOA) zum Beispiel will das Umweltbundesamt noch im ersten Halbjahr 2019 den Wert veröffentlichen, ab dem von einer Gesundheitsgefahr auszugehen ist. Unter den bereits festgestellten Schadstoffen an den Bundeswehrstandorten in Bayern sind neben PFC unter anderem Mineralölkohlenwasserstoffe, Polycyclische aromatische Kohlenwasserstoffe, Polychloriertes Biphenylen, aromatische Kohlenwasserstoffe wie Benzol, Toluol, Ethylbenzol und Xylol, Samarium und Leichtflüchtige halogenierte Kohlenwasserstoffe. „Bundeswehr und Staatsregierung verweigern wegen des angeblich zu großen Umfangs eine detaillierte Beantwortung meiner Fragen.

Diese mangelnde Sachkenntnis zeigt nur, wie sehr sie das Thema seit Jahren ignorieren“, ärgert sich von Brunn.